

## **Das Ende der Willkommenskultur im Wetteraukreis?**

### **Internationales Zentrum Friedberg: Nachhaltige Politik sieht anders aus!**

Im Juli 2013 hatte es eine große Demonstration gegen willkürliche Maßnahmen in der Wetterauer Ausländerbehörde gegen Zuwanderer gegeben. So hatte ein Mitarbeiter einen gerichtlich erstrittenen Aufenthalt für einen Ägypter verweigert und stattdessen seine Abschiebung vorbereitet. Das war der Höhepunkt einer Abschreckungspolitik der Kreisverwaltung, die viele Menschen auf die Palme brachte. Damals sagte der Landrat zu, er werde sich für einen humanen Umgang mit Einwanderern und Flüchtlingen einsetzen. Tatsächlich wurden dazu viele Schritte in die Wege geleitet. Die Ausländerbehörde wurde in ein Bundesprogramm zur „Umwandlung in eine Willkommensbehörde“ aufgenommen und die Scharfmacher in der Verwaltung hielten sich zurück. Weitere wichtige Schritte in Richtung Willkommenskultur mit Integrationsangeboten war die Verteilung von Geflüchteten auf die Kommunen und die Mobilisierung von ehrenamtlichem Bürgerengagement für Betreuung und Begleitung der Geflüchteten. Vorher waren sie in zentralen Unterkünften des Wetteraukreises untergebracht. Die frühere Konfrontation wurde durch eine gemeinsame Arbeit von Behörden und Ehrenamtlichen in der AG-Flüchtlingshilfe ersetzt, um auflaufende Probleme auf kurzem Wege gemeinsam zu lösen, was bis heute auch funktioniert.

Die Flüchtlingszahlen stiegen in den Jahren 2015 und 2016 an, ohne dass Behörden und Verwaltung frühzeitig entsprechend ausgestattet wurden. So zeichnete sich bald und trotz Angela Merkels „Wir schaffen das“ eine Überforderung der Behörden ab. Statt nun die nötigen Maßnahmen zur Bewältigung dieser Behördenkrise zu ergreifen, wurde allenthalben von einer Flüchtlingskrise besprochen, die eigene Überforderung bejammert und damit die fremdenfeindlichen Kräfte in Deutschland gestärkt, was sich in Organisation wie Pegida und AFD niederschlug. In den demokratischen politischen Parteien geht die Angst vor dem Verlust von Wählerstimmen um, die Politiker auf Bundes-, Landes- und jetzt auch Kreisebene dazu bringt, Zugeständnisse an diese Organisationen zu machen.

Durch diesen Politikwechsel wandelt sich die „Willkommenskultur“ jetzt in eine Art „Abschiebewahn“. Alles wird unternommen, um mit Bürgerhilfe zum Teil bereits gut integrierte Menschen wieder loszuwerden. Statt Integrationsangebote aus einem Guss zu schaffen und die Zahl der Behördenmitarbeiter aufzustocken, reisen landauf landab „Rückkehrberatungsteams“ durch die Erstaufnahmeeinrichtungen und Flüchtlingsunterkünfte. Frau Merkel besucht die Türkei wegen des Flüchtlingsabkommens sowie Diktaturen und „Failed States“ in Nordafrika um Rücknahmeabkommen zu schließen und sie mit finanziellen Anreizen dazu zu bringen, ihre Grenzen dicht zu machen. Die Zahl der „sicheren Herkunftsländer“ wird per Beschluss erhöht. Auch Afghanistan wird trotz der sich ständig verschärfenden Sicherheitslage als sicher beschlossen, damit man dorthin ohne Probleme abschieben kann.

Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Geflüchteten und ihre Unterstützer\*innen: Erstere entwickeln große Angst vor Abschiebung, was das Deutschlernen und Integrationsbemühungen blockiert, letztere werden verunsichert und fühlen sich in ihrer Betreuungsarbeit im Stich gelassen.

Durch wöchentliche Gesetzes- und Erlassverschärfungen gegen Asylsuchende kommt der Bundesinnenminister der Kritik von Rechts entgegen und beflügelt damit auch die Scharfmacher in der Kreisverwaltung wieder. So zu sehen an der kürzlich vorgenommenen Abschiebung einer Schülerin direkt aus einer Schule in Karben heraus und jetzt an dem Fall

des jungen Mannes, der aus der Psychiatrie Gießen wohl in die Fachstelle Migration gelockt wurde, um ihn von dort aus abzuschieben.

Die Einlassungen von Kreissprecher Michael Elsass zu diesem Vorgang sind sehr fragwürdig und in einem Punkt direkt zynisch: Der junge Mann habe ja die Räume freiwillig betreten und da sein man zur Amtshilfe verpflichtet gewesen. Fragwürdig ist der gesamte Vorgang. Fraglich ist, ob die Polizei so schnell aufgekreuzt wäre, wenn sie aus Darmstadt informiert worden wäre, oder ob die „Amtshilfe“ nicht gleich von Friedberg aus getätigt wurde. Fraglich ist, wer der Mitarbeiter der Kreisbehörde war, der den Geflüchteten mit geheuchelter Hilfsbereitschaft in die Behörde gelockt hat. Fraglich ist, wer der „Gutachter“ war, der dann auch gleich und ohne Kenntnis der in der psychiatrischen Klinik gestellten Diagnose die Reisefähigkeit des Kranken bescheinigte. Eigentlich nicht fraglich dürfte sein, ob eine Behörde die auf sie angewiesenen Menschen unter Nutzung von Lügen in eine Falle locken darf. Schließlich handelt es sich bei dem jungen Abgeschobenen um einen schwerkranken Mann und nicht um einen Verbrecher. Diese Fragen müssen aufgeklärt werden und die Wiederholung solcher Vorgänge muss unmöglich gemacht werden.

Die Krönung dieses Kurswechsels des Wetteraukreises hin zu den „alten Zeiten“ ist nun die Klage, zu der sich der Leiter des Fachdienstes „Recht und Kommunalaufsicht“, Ernst Meiß, gegen den Direktor des Zentrums für Psychiatrie in Gießen, versteigt. Er findet gleich drei „Tatbestände“ für seine Klage:

Verstoß gegen die Schweigepflicht, wobei er geflissentlich übersieht, dass die gemachten Aussagen von Professor Gallhofer nur zur Wahrung der Interessen seines Patienten erfolgt sind und eine Entbindung von der Schweigepflicht durch den Patienten möglich wäre.

Verstoß gegen das Aufenthaltsrecht. Ein Verstoß wegen Beihilfe zum illegalen Aufenthalt, aber nicht ein Verstoß gegen das Aufenthaltsrecht, wäre eventuell gegeben, aber die ärztliche Garantenpflicht auf Behandlung eines Schwerkranken geht vor, alles andere wäre unterlassene Hilfeleistung.

Versuchter Betrug, weil Prof. Gallhofer dem Wetteraukreis die Behandlung in Rechnung stellte. Zur Übernahme dieser Kosten ist aber der Kreis im Rahmen der Krankenhilfe in akuten Fällen verpflichtet.

Das Vorgehen von Meiß erinnert doch auffällig an die Methoden Erdogans nach dem Motto: Wer mich kritisiert, hat mit dem Staatsanwalt zu rechnen. Keine Diskussion in der Sache, sondern Androhung von Repressalien und Einschüchterung von Kritikern scheint die neue (alte) Richtung der Kreisspitze des Wetteraukreises zu sein.

Klar ist, dass Meiß die Zustimmung des Landrates für die Klage hat. Infrage steht hier also die in den letzten Jahren aus unserer Sicht erfolgreiche Wende in Richtung Willkommenskultur. Nach Ansicht des IZF gibt es dazu aber keine vernünftige, erfolgreiche Alternative. Wird die eingeschlagene Richtung weiter verfolgt, ist das in den Kommunen nach wie vor hohe bürgerschaftliche Engagement für die Integration von Flüchtlingen nicht zu halten. Das würde eine Verschärfung von Konflikten vor Ort und damit weitere Verstärkung fremdenfeindlicher Tendenzen in unserer Gesellschaft bedeuten. Eine unselige Spirale in Richtung Nationalismus und Neofaschismus wie in anderen europäischen Ländern wird so in Gang gesetzt. Ziel war bis jetzt, eine vorbildliche, humane Flüchtlings- und Integrationspolitik zu entwickeln. Daran muss festgehalten werden und das ist auch jetzt noch im Rahmen der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen möglich.

Johannes Hartmann, Vorsitzender des Internationalen Zentrums Friedberg, 30.3. 2017